



HESSISCHER LANDTAG

7. Wahlperiode . Drucksache 7/844

(schließt an Drucks. 7/738 an)

26. 10. 71

Empfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen

Die Ausschüsse legen dem Landtag zu Petitionen, die ihnen überwiesen waren, folgende Empfehlungen vor:

Hauptausschuß:

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition

345/VII — Egbert Wenzel, Kassel-Kirchditmold
betreffend Anregungen zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung u. a.
der Landesregierung als Material zu überweisen;

Berichterstatter: Abg. Dr. Strelitz

451/VII — Irene Hielscher, Wiesbaden
betreffend Anregungen zur Änderung wahlrechtlicher Bestimmungen hinsichtlich der Verpflichtung zur Altersangabe der Kandidaten
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, die Petentin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Berichterstatter: Abg. Dr. Lindner

Haushaltsausschuß:

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum,

a) die Petitionen

183/VII — Verbraucherzentrale Hessen e.V., Frankfurt am Main
betreffend Bewilligung der ursprünglich vorgesehenen Haushaltsmittel;

Berichterstatter: Abg. Baumann

281/VII — Deutscher Richterbund, Landesverband Hessen,
Frankfurt am Main
betreffend Landeshaushalt 1971/72
(Stellenbedarf an Richtern)

Berichterstatter: Abg. Pulch

auf Grund der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes
1971/72 für erledigt zu erklären;

Eingegangen am 26. Oktober 1971 . Eilausfertigung am 26. Oktober 1971 . Ausgegeben am 15. November 1971

Druck: Carl Ritter & Co. Wiesbaden . Vertrieb: Verlag Dr. Hans Heger 53 Bonn-Bad Godesberg Goethestr. 54 Tel. 63551

b) die Petition

436/VII — Verein zur Förderung und Betreuung sprach- und hörbehinderter Kinder e.V., Frankfurt am Main 50
betreffend Nachtragshaushaltsplan für 1972;
hier: Erhöhung von Personal- und Sachausgaben zur Erfassung und besseren Behandlung hör- und sprachbehinderter Kinder
der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen;
Berichterstatter: Abg. Rohlmann

525/VII — Ausbildungskandidaten für Psychoanalyse am Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt am Main
betreffend Bitte um Aufhebung der Kürzung von Ausbildungsbeihilfen
für erledigt zu erklären, da dem Begehren der Petenten Rechnung getragen werden wird;
Berichterstatter: Abg. Rohlmann

c) über die Petition

479/VII — Dr. Dr. Erwin Raben, Hösel
betreffend Rechtsstatus der Spielbanken
zur Tagesordnung überzugehen, da die Eingabe nach Auffassung des Ausschusses kein Begehren enthält.
Berichterstatter: Abg. Dr. Lang

Innenausschuß:

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition

312/VII — Arbeitsgemeinschaft der Personalvertreter der Hessischen Berufsfeuerwehren, Wiesbaden
betreffend Erlaß der Ausführungsbestimmungen zum Hessischen Brandschutzhilfeeistungsgesetz
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, die Petentin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
Berichterstatter: Abg. Dr. Bartelt

Sozialpolitischer Ausschuß:

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition

175/VII — Valentin Hufnagel, Freigericht
betreffend Anerkennung der Verfolgteneigenschaft der Landesregierung zur Kenntnis zu überweisen;
Berichterstatter: Abg. Platte

257/VII — Gesellschaft zur Wahrung der Grundrechte e.V., Heidelberg
betreffend Wiedergutmachung
für erledigt zu erklären, da dem Anliegen der Petentin entsprochen worden ist;
Berichterstatter: Abg. Platte

310/VII — Otto Nawratil, Dieburg
betreffend Wiedergutmachung
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten;
Berichterstatter: Abg. Platte

- 346/VII — Ellen Krosch, Wiesbaden
betreffend Gewährung einer Beihilfe aus dem Landesfonds
wegen sozialer Notlage
für erledigt zu erklären, da dem Begehren der Petentin ent-
sprochen worden ist;
Berichterstatter: Abg. Platte
- 2121/VI — Ingeborg Vlcek, Offenbach
betreffend Gewährung einer Sozialwohnung
für erledigt zu erklären, da das Begehren der Petentin, ihr
eine Sozialwohnung zur Verfügung zu stellen, von ihr nicht
mehr aufrechterhalten wird;
Berichterstatter: Abg. Hackenberg
- 2198/VI — Josef Vegner, Frankfurt am Main
betreffend Beschwerde gegen Ausgleichsamt Frankfurt am
Main wegen Hausratsentschädigung
für erledigt zu erklären, da dem Begehren des Petenten ent-
sprochen worden ist.
Berichterstatter: Abg. Hackenberg

Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten:

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition

- 311/VII — Landesverband Hessen-Nassau der ehemaligen Landwirt-
schaftsschüler und -schülerinnen, Darmstadt
betreffend Novellierung des Gesetzes zur Errichtung der
Stiftung „Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ (§ 7)
der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, je-
doch mit der Maßgabe, daß dem Landesverband Hessen-Nas-
sau der ehemaligen Landwirtschaftsschüler und -schülerinnen
nur ein Sitz eingeräumt wird; die Formulierung im Gesetz
ändert sich entsprechend.
Berichterstatterin: Abg. Frau Seitz

Rechtsausschuß:

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition

- 152/VII — Erich Kersten, Kassel
betreffend Beschwerde gegen Maßnahmen des Gerichts-
gefängnisses Marburg
der Landesregierung zur Kenntnis zu überweisen;
Berichterstatter: Abg. Wilhelm Koch
- 182/VII — Evangelische Akademikerschaft in Deutschland, Stuttgart 50
betreffend Strafvollzugsreform
der Landesregierung als Material zu überweisen;
Berichterstatter: Abg. Wilhelm Koch
- 495/VII — Hans Metz, Kassel
betreffend Anregung zur Änderung des Hessischen Freiheits-
entziehungsgesetzes (Entschädigung)
der Landesregierung als Material zu überweisen mit der
Bitte, etwa in einem halben Jahr über den Stand der Über-
legungen zu berichten.
Berichterstatter: Abg. Milde

Ausschuß für Beamtenfragen:

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition.

- 367/VII — Johann Rill, Fulda
betreffend Besoldungsneuregelung für Lehrer und Direktoren
der Landesregierung als Material zu überweisen und die
Landesregierung zu bitten, den Petenten über die Sach- und
Rechtslage zu unterrichten;
Berichterstatter: Abg. Dudéne
- 403/VII — Arbeitskreis Fachoberlehrer an berufsbildenden Schulen,
Bad Vilbel
betreffend Besoldung der Fachoberlehrer
der Landesregierung als Material zu überweisen;
Berichterstatter: Abg. Görlach
- 405/VII — Adolf Dittmar, Frankfurt am Main
betreffend Anregungen zur Ruhestandsregelung für Polizei-
beamte
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Peten-
ten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten;
Berichterstatter: Abg. Josef Weber
- 426/VII — Dr. Johanna-Luise Brockmann, Fürstentagen, Bez. Kassel
betreffend Beschwerde wegen angeblicher Ungleichbehand-
lung durch das 1. HBesAnpG
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, die Peten-
tin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten;
Berichterstatter: Abg. Ernst
- 435/VII — Hessischer Gemeindetag, Mühlheim am Main
betreffend Überleitung der Versorgungsempfänger aus dem
Kreis der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise
der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen mit
der Maßgabe, den Entwurf für ein Gesetz zur Überleitung
der Versorgungsempfänger aus dem Kreis der Wahlbeamten
der Gemeinden und Landkreise im Landtag einzubringen;
Berichterstatter: Abg. Ibel
- 441/VII — Bund Deutscher Justizbeamten, Landesverband Hessen e.V.,
Frankfurt am Main
betreffend Anregungen zur Reform des öffentlichen Dienst-
rechts, Besoldungsfragen u. a.
der Landesregierung als Material zu überweisen;
Berichterstatter: Abg. Ibel
- 450/VII — Rat der Akademischen Mitarbeiter an der Philipps-Univer-
sität, Marburg
betreffend Überleitung von Wissenschaftlichen Angestellten
der Landesregierung als Material zu überweisen;
Berichterstatter: Abg. Bohl
- 466/VII — Betriebsgruppe der ÖTV des Hessischen Landesvermessungs-
amtes, Wiesbaden
betreffend Bitte um Gewährung von Stellenzulagen an Be-
amte des gehobenen vermessungstechnischen Dienstes der
Hessischen Kataster- und Vermessungsverwaltung
der Landesregierung als Material zu überweisen;
Berichterstatter Abg. Dudéne

- 480/VII — Johannes J. Sallmann, Frankfurt am Main
betreffend Beschwerde gegen das 7. HBesÄndG wegen unter-
bliebener Eingruppierung des Leiters des Gartenamtes der
Stadt Frankfurt am Main — Gartenbaudirektor — nach A 16
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Peten-
ten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten;
Berichterstatter: Abg. Schroeder
- 580/VII — Hauptpersonalrat der Polizei beim Hessischen Minister des
Innern, Wiesbaden
betreffend Änderung des § 64 HPVG
der Landesregierung als Material zu überweisen;
Berichterstatter: Abg. Schäfer
- 515/VII — Erich Nebel, Wiesbaden
betreffend Anregung zur Änderung des HBG (Pensionsrege-
lung für kommunale Wahlbeamte)
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Pe-
tenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
Berichterstatter: Abg. Dr. Lucas

Petitionsausschuß:

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition

- 397/VII — Georg Dittmar, Westhofen-Buchholz
betreffend Beschwerde gegen Regierungspräsidenten
in Darmstadt wegen unterlassener Antworterteilung
für ungeeignet zur weiteren Beratung im Landtag zu erklä-
ren, da ein gerichtliches Verfahren anhängig ist;
Berichterstatter: Abg. Reichert
- 429/VII — Willi Davids, Frankfurt am Main-Preungesheim
betreffend Beschwerde gegen Haftanstalt Frankfurt am Main-
Preungesheim (Gustav-Radbruch-Haus) wegen angeblicher
Behinderung von Briefverkehr
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Pe-
tenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten, soweit
der Petent geltend macht, daß ein an ihn gerichteter Brief
geöffnet worden ist;
Berichterstatterin: Abg. Frau Vorbeck
- 438/VII — Otto Heidrich, Stockheim
betreffend Bitte um Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Pe-
tenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten;
Berichterstatter: Abg. Reichert
- 440/VII — Wolfgang Strack, Frankfurt am Main
betreffend Beschwerde gegen die Untersuchungshaftanstalt
Frankfurt am Main, Hammelsgasse, wegen angeblicher Män-
gel der ärztlichen Versorgung
für erledigt zu erklären, da dem Begehren des Petenten nicht
abzuhelfen ist; die Überprüfung ergab, daß die Beschwerden
des Petenten unbegründet sind;
Berichterstatterin: Abg. Frau Vorbeck
- 442/VII — Prof. Dr. Paul Claus, Geisenheim
betreffend Bewährungsaufstieg nach Verg.Gr. I b BAT
der Landesregierung zur Erwägung zu überweisen;
Berichterstatter: Abg. Franke

- 444/VII — Anneliese und Charlotte Arnold, Bensheim
betreffend Beschwerde wegen rechtswidriger Baumaßnahmen
eines Nachbarn
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, die Peten-
tinnen über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten;
Berichterstatlerin: Abg. Frau Seitz
- 453/VII — Heinz Bergner, Hanau
betreffend Beschwerde gegen die Behandlung in der Unter-
suchungshaftanstalt Hanau
für erledigt zu erklären, da der Petent die Eingabe zurück-
genommen hat;
Berichterstatter: Abg. Lütgert
- 455/VII — Anton Weinzierl, Frankfurt am Main
betreffend Beschwerde gegen Bedienstete der Haftanstalt
Frankfurt am Main wegen angeblicher Verletzung der
DVollzO u. a.
für erledigt zu erklären, da der Petent die Eingabe zurück-
genommen hat;
Berichterstatter: Abg. Lenz
- 467/VII — Edna Erna Hochleitner, Frankfurt am Main
betreffend Bitte um Wiedereinstellung in den hessischen
Schuldienst
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, die Pe-
tentin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten;
Berichterstatter: Abg. Lütgert
- 469/VII — Horst Kreuz, Pforzheim
betreffend Beschwerde gegen den Polizeigewahrsam in
Frankfurt am Main, Klapperfeldstraße
für erledigt zu erklären, da dem Begehren des Petenten ent-
sprochen worden ist;
Berichterstatter: Abg. Lenz
- 482/VII — Burkard und Waltraud Friebe, Viernheim
betreffend Bitte um Aufnahme in den hessischen Realschul-
dienst
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, die Peten-
ten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten;
Berichterstatlerin: Abg. Frau Seitz
- 487/VII — Richard Joh. Franz, Schwalmstadt 2
betreffend Postkontrolle
der Landesregierung als Material zu überweisen
Berichterstatlerin: Abg. Frau Vater

und über die Petition

- 413/VII — Franz Josef Ueddinger, Kassel
betreffend Beschwerde gegen die Untersuchungshaftanstalten
Frankfurt am Main und Kassel wegen angeblicher Mißhand-
lungen
zur Tagesordnung überzugehen, da sich die Beschwerden des
Petenten als ungerechtfertigt herausgestellt haben.
Berichterstatter: Abg. Ernst

Ausschuß für Verwaltungsreform:

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen

- 497/VII — Gemeindevertretungen und -vorstände der Gemeinden Elleringhausen, Dehringhausen, Gembeck, Nieder-Waroldern und Mengerlinghausen betreffend Vorstellungen zur gebietlichen Neugliederung auf Gemeindeebene im Landkreis Waldeck,
Berichterstatter: Abg. Böhm
- 499/VII — Kreisausschuß des Untertaunuskreises Bad Schwalbach betreffend Verwaltungsreform,
Berichterstatter: Abg. Baumann
- 527/VII — Kreissparkasse für den Landkreis Dieburg, Groß-Umstadt betreffend Anregungen für die Neuordnung der Landkreise,
Berichterstatter: Abg. Auth
- 528/VII — Bürgerinitiative Wilmshausen betreffend gebietliche Neugliederung auf Gemeindeebene im Landkreis Bergstraße
Berichterstatter: Abg. Dr. Brans
der Landesregierung als Material zu überweisen.

